

der Außenpolitik der Zwischenkriegszeit, des Widerstandes und der nationalsozialistischen Judenverfolgung verfaßt haben.

**Hermann Graml:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Bedeutende politische Ereignisse verändern nicht nur Gegenwartsbild und Zukunftserwartung der Zeitgenossen, sondern auch ihre Wahrnehmung der Vergangenheit. Meist entfernt sich dabei die Wahrnehmung von der gewesenen Realität. So ist es nicht sonderlich überraschend, daß uns die Vereinigung der lange getrennten Teile Deutschlands eine Flut von ahistorischen Urteilen über die Geschichte sowohl der Bundesrepublik Deutschland wie der Deutschen Demokratischen Republik beschert, zumal hier Emotionen im Spiele sind, die mit einer wohl nicht zu unterdrückenden Gier nach neuer Deutung der Vergangenheit verlangen. Gerade die entscheidenden Bedingungen der deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg drohen aus dem Blick zu geraten. So führt die Vorstellung in die Irre, die Wahl anderer als der tatsächlich beschrittenen Wege sei für die Deutschen im Grunde eine Willensfrage gewesen. Zumindest im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende stand die politische Entwicklung in Deutschland in Wirklichkeit unter Gesetzen, die den Deutschen die Freiheit der Entscheidung zunächst vollständig und dann noch eine ganze Weile fast vollständig nahmen.

Die deutsche Nachkriegsgeschichte beginnt ja nicht mit der Bildung zweier deutscher Teilstaaten im Herbst 1949; sie beginnt vielmehr am 7. Mai 1945 um 2.41 Uhr, als Generaloberst Jodl, Chef des Wehrmachtsführungsstabes, im Hauptquartier von General Eisenhower, dem Oberbefehlshaber der westlichen alliierten Streitkräfte in Europa, die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht unterzeichnete. Der Anlauf des nationalsozialistischen Deutschland unter Hitler, vorerst Europa seiner Herrschaft zu unterwerfen und ein auf die Landmasse zwischen Atlantik und Ural gestütztes Imperium zu errichten, war definitiv gescheitert, damit auch der nationalsozialistische Versuch, Liberalismus und Parlamentarismus in Europa zu beseitigen, alle Erscheinungsformen des Sozialismus und eines Kommunismus marxistischer Observanz zu vernichten und an ihre Stelle einen Totalitarismus biologisch-rassistischer Prägung zu setzen. Zugleich machte die Kapitulation jede Fortsetzung des mit den beiden ersten Zielen aufs engste zusammenhängenden nationalsozialistischen Ausrottungsfeldzugs gegen die im deutschen Macht- und Einflußbereich lebenden Juden unmöglich. Nach langen Jahren der politischen und dann zunächst auch militärischen Defensive hatten die parlamentarischen Demokratien des Westens und die stalinistische Sowjetunion nicht nur ihre Existenz behauptet, sondern einen totalen Sieg errungen.

Als sofortige politische Folge der Kapitulation erlosch zunächst einmal sogar die staatliche Existenz Deutschlands. Die Regierungsgewalt in Deutschland übernahmen nun die in Europa dominierenden Mächte der Alliierten: Großbritannien, Sowjetunion, USA und Frankreich. Mit einer am 5. Juni 1945

veröffentlichten Proklamation stellten die vier Mächte die Übernahme offiziell fest; als Regierung des total besetzten und in vier Besatzungszonen geteilten deutschen Territoriums sollte der Alliierte Kontrollrat in Berlin fungieren, der aus den vier Oberbefehlshabern der in Deutschland stationierten Besatzungstruppen bestand. Mit diesem Akt setzten die Alliierten ihre Entschlossenheit in die Tat um, neben der militärischen zugleich die unumschränkte politische Verfügungsgewalt über Deutschland zu beanspruchen. Der Anspruch wiederum folgte aus einem Sicherheitsbedürfnis, das durch den erneuten deutschen „Griff nach der Weltmacht“ aufs äußerste gereizt worden war und jetzt nach totaler Befriedigung verlangte. Erbittert durch die außerhalb der deutschen Grenzen nirgends ernstlich bezweifelte Verantwortung Deutschlands sowohl für den Ersten wie für den Zweiten Weltkrieg und tief erschreckt durch die Kraftentfaltung, zu der sich die deutsche Gesellschaft in beiden Kriegen fähig gezeigt hatte, stimmten in allen Siegermächten Bevölkerung und Politiker vorerst darin überein, daß brutaler Expansionismus ein Wesensmerkmal deutscher Politik sei und daß gegen eine Aggressivität, der ein so bedeutendes Potential zur Verfügung stehe, außergewöhnliche Vorkehrungen getroffen werden müßten. Die Verbrechen, die von den Organen des NS-Regimes in allen während des Krieges besetzten Ländern verübt worden waren, wirkten als zusätzliches Stimulans des Sicherheitsbedürfnisses und lieferten der Anwendung nahezu jeglicher Befriedigungsmittel das erforderliche gute Gewissen, wie die Abtrennung großer Teile Ostdeutschlands und die Vertreibung der Masse der Deutschen aus Polen, aus der Tschechoslowakei, aus Ungarn, aus Rumänien, ja sogar aus den von der Sowjetunion und Polen annektierten ostdeutschen Gebieten klar genug zeigten. Doch hielten sich die Alliierten nicht nur für berechtigt, die Grenzen Deutschlands nach eigener Machtvollkommenheit festzulegen; sie fühlten sich überdies berechtigt und im Interesse des Weltfriedens sogar verpflichtet, über die internationale Orientierung wie auch über die grundlegenden inneren Ordnungsprinzipien eines deutschen Staates oder mehrerer deutschen Staaten zu bestimmen.

Der politische Wille der Deutschen und deutsche politische Interessen konnten zunächst allenfalls eine sekundäre Rolle spielen, konnten bestätigend oder passiv ablehnend wirken. Die Deutschen waren vorerst, ob im Osten oder im Westen, nicht imstande, aus ihrer Abhängigkeit hervorzutreten – nicht allein aufgrund der tiefen physischen und mentalen Erschöpfung, in der sich die Nation nach einem langen Krieg befand, und nicht allein aufgrund der politischen Apathie, die dem lange anhaltenden Schock einer totalen politischen und militärischen Niederlage folgte, sondern doch auch aufgrund der bald eine wachsende Anzahl der Deutschen beeinflussenden Einsicht, daß jedenfalls für eine Weile die Nation fremde Führung verdiente, ja ihrer sogar bedürftig war, weil sie mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen

zugleich einen einzigartigen politischen Irrweg eingeschlagen hatte und in eine singuläre moralische Katastrophe gestürzt war.

So nahmen die deutsche Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten auf Jahre einen Zustand hin, den hinsichtlich deutschlandpolitischer Grundfragen die Tatsache charakterisierte, daß die vier Besatzungsmächte, die für die Entwicklung Deutschlands die Verantwortung übernommen hatten, nicht mit den Deutschen, sondern nur über die Deutschen sprachen. Bei allen Deutschlandkonferenzen der Alliierten fehlten die Vertreter der Besiegten, und noch zur Gipfelkonferenz vom Juli 1955 konnten die im Mai 1955 mit der formalen Souveränität begabten Staaten Bundesrepublik und DDR lediglich Beobachterdelegationen entsenden.

Während der Pariser Außenministerkonferenz von 1946 kam es zu einer bezeichnenden Szene. Am 9. Juli erörterten die vier Außenminister abermals den schon Monate zuvor vom Chef des State Department, James F. Byrnes, vorgelegten Entwurf eines Vertrags, der, seinerseits ein Zeugnis des Bewußtseins totaler Handlungsfreiheit der Alliierten, vorsah, Deutschland noch nach der eigentlichen Okkupationsperiode 25 Jahre lang entwaffnet, neutralisiert und unter strikter Kontrolle zu halten. Als der sowjetische Außenminister Molotow, der nach Argumenten für eine Ablehnung des amerikanischen Entwurfs suchte, unter anderem sagte, die von Byrnes ins Auge gefaßten 25 Jahre seien eine zu kurze Frist, die Entwaffnung, Neutralisierung und Kontrolle Deutschlands hätten vielmehr 40 Jahre zu dauern, da hat Byrnes die sowjetische Anregung, die immerhin eine Verlängerung totaler deutscher Abhängigkeit um nicht weniger als 15 Jahre bedeutet hätte, augenblicklich akzeptiert; keiner der Außenminister hat dabei einen Gedanken an die Betroffenen verschwendet.

Gewiß war den Besatzungsmächten bewußt, daß auch ein besetztes Deutschland nicht in dem total ohnmächtigen Stand der Jahre 1945 und 1946 eingefroren werden konnte, vielmehr wirtschaftliche Kräftigung und die Wiederkehr politischstaatlicher Organisationsformen natürlich zugelassen werden mußten. Doch hat diese Erkenntnis das Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland und den zur Befriedigung des Bedürfnisses verfochtenen Anspruch auf Verfügungsgewalt über Deutschland eher noch gesteigert. Im Grunde war es den Alliierten darum zu tun, den zur eigenen Entlastung und zur Erholung ganz Europas sogar notwendigen und zu fordernden wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands auf Wegen zu erreichen, die sicherstellten, daß die politische Konsolidierung weit dahinter zurückblieb und jedenfalls unter keinen Umständen ein unkontrolliertes Deutsches Reich mit der so mißbrauchten außenpolitischen Bewegungsfreiheit wiedererstand. Darin waren sich die Führer der europäischen Besatzungsmächte untereinander und auch mit der Regierung der etwas distanzierenden und auf die Geschehnisse in Kontinentaleuropa gelassener reagierenden Vereinigten Staaten einig. Der Begriff „Integration“ meinte von Anfang an und völlig unabhängig von jeweiligen politischen Großwetterlagen

die Bändigung oder Eindämmung der deutschen Aggressivität und die dauerhafte Beschneidung der deutschen Verfügungsgewalt über die Ressourcen Deutschlands.

Auch nach der Gründung zweier deutschen Staaten blieb die internationale politische Bewegungsfreiheit der Deutschen grundsätzlich suspendiert und in der Praxis stärkstens eingeschränkt. Sie standen nach wie vor unter Besatzungsrecht und durften formalisierte internationale Beziehungen lediglich zu ihren jeweils zuständigen Besatzungsmächten unterhalten. Sicherlich nicht als Kolonie der Westmächte zu bezeichnen, bot sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrer frühen Phase doch als eine Art Protektorat dar.

Die DDR befand sich, grundsätzlich gesehen, in der gleichen Lage, allerdings mit einem qualitativen Unterschied in der Praxis: Waren die Vertreter der Westmächte von Anfang an bemüht, größtmögliche Übereinstimmung mit den Beherrschten herzustellen, und konnten sie angesichts des fast totalen Erfolgs ihrer Anstrengungen den Deutschen alsbald das Gefühl freiwilliger Partnerschaft vermitteln, so übte die Besatzungsmacht Sowjetunion in ihrem Protektorat die Führungsrolle mit Härte und ohne sonderliche Rücksicht auf den Mehrheitswillen der Bevölkerung aus. Zwischen der fremden Herrschaft, einschließlich ihrer deutschen Administratoren, und einer Majorität der Bewohner der DDR bestand eine Kluft, die nicht schmaler werden wollte. Doch kam es immer wieder zu Vorfällen, die zeigten, daß sich die beiden deutschen Staaten, grundsätzlich gesehen, tatsächlich in durchaus ähnlicher Lage befanden. Noch am 14. Januar 1953 haben britische Besatzungsorgane Politiker, die es in der nordrheinwestfälischen FDP zu Rang und Einfluß gebracht hatten, verhaftet, weil sie, wie Außenminister Anthony Eden sagte, antiwestliche Auffassungen und politische Ziele propagierten.

Vom nie schlafenden Sicherheitsbedürfnis geleitet, nahmen die Besatzungsmächte ihre Funktion als Verwalter der deutschen Souveränität in der Tat vor allem dann äußerst ernst, wenn es um die internationale Grundorientierung Deutschlands ging. Auf der Berliner Außenministerkonferenz von Anfang 1954 sagte der sowjetische Außenminister Molotow in einer eher privaten Unterhaltung zu seinem amerikanischen Kollegen John Foster Dulles, daß die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs nicht den Fehler der Sieger von 1918 wiederholen und die Fesseln um Deutschland lockern dürften: „Es kommt darauf an, sicher zu sein, daß es eine Regierung gibt, die wir kontrollieren können.“ Gewiß zeugten solche Sätze auch für Molotows stalinistisches Politikverständnis, gleichermaßen jedoch für jenen abnormen Anspruch auf die politische Verfügungsgewalt über Deutschland, den nach abnormer Verletzung ein abnorm gesteigertes Sicherheitsbedürfnis begründete. Molotows westliche Gesprächspartner haben denn auch die Notwendigkeit, das internationale Handeln der Deutschen weiterhin zu kontrollieren, keineswegs bestritten.

Wenn alle Versuche, eine gemeinsame Deutschlandpolitik zu finden, mit

Fehlschlägen endeten, so vor allem deshalb, weil hier ein zweiter Faktor ins Spiel kam, der in den zehn Jahren nach Kriegsende für die internationale Konstellation, in der mit dem Problem Deutschland umgegangen wurde, schon früh gleich wichtig war wie der erste und im Laufe der Zeit ständig noch an Gewicht gewann, nämlich die Verbindung jenes Sicherheitsbedürfnisses und jenes Anspruchs auf Verfügungsgewalt über Deutschland, die das Produkt der Erfahrung des Dritten Reiches und der Furcht vor einer Renaissance von Nationalsozialismus oder doch vor deutschem Nationalismus waren, mit Emotionen und Ängsten, die der Konflikt zwischen dem von der Sowjetunion beherrschten kommunistischen Lager und dem von den USA geführten Lager der westlichen Demokratien weckte.

Zeitweilig schien der Kalte Krieg für die Deutschen vorteilhaft zu sein, weil die Besatzungsmächte, von ihren allgemeinen Gründen zur Ermöglichung der Erholung Deutschlands abgesehen, die Deutschen als potentielle Bundesgenossen zu entdecken und in einer Weise zu umwerben begannen, wie das ohne den Kalten Krieg undenkbar gewesen wäre.

Bald zeigte sich aber, anfänglich nur in Umrissen, jedoch rasch sehr deutlich, daß die Ost-West-Spannung der Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte und der realen Entwicklung in Deutschland auch gefährliche und am Ende verhängnisvolle Impulse gab, und zwar in doppelter Hinsicht. Erstens riß sie das Okkupationsgebiet gnadenlos in einen westlichen und einen östlichen Teil auseinander, und die an sich positive Tendenz, Deutschland in einem wirtschaftlich wie politisch integrierten europäischen Staatensystem den Wiederaufstieg zu ermöglichen, galt frühzeitig nicht mehr dem gesamten Besatzungsgebiet, sondern verengte sich, parallel zum nun einsetzenden gesamteuropäischen Spaltungsprozeß, auf den Willen, den jeweils eigenen Besatzungsraum in die entstehenden separaten Systeme des Westens bzw. des Ostens zu integrieren. Zweitens nahm der Vorgang in der hysterischen Atmosphäre des Ost-West-Konflikts eine Hektik und eine Rasanz an, zu der es in einem wenigstens etwas ruhigeren politischen Klima sicherlich nicht gekommen wäre. Die Einheit Deutschlands ging verloren, und das entbehrte insofern nicht einer tragischen Note, als die Siegermächte – Frankreich ausgenommen – im Frühjahr und Sommer 1945 eine solche Situation in Mitteleuropa keineswegs angestrebt hatten. Schon auf der Konferenz von Potsdam konnten sich aber die Mitglieder der Allianz nicht mehr auf eine gemeinsame Reparationspolitik gegenüber Deutschland verständigen. Der daher gefaßte Beschluß, die Siegermächte sollten ihre Reparationsansprüche im wesentlichen aus der jeweils eigenen Besatzungszone befriedigen, lief bereits, wenn auch noch ungewollt und meist sogar unerkannt, auf die Teilung Deutschlands hinaus, weil er die ebenfalls vereinbarte Behandlung des Okkupationsgebiets als wirtschaftliche Einheit konterkarierte. Außerdem legte Frankreich, das die drei anderen Mächte zwingen wollte, zu Aufteilungsplänen

zurückzukehren, durch systematische Obstruktion den Alliierten Kontrollrat in Berlin lahm. So erlangte der Kontrollrat gerade in seiner Anfangsphase und gerade in wichtigen Fragen nie die Fähigkeit, als gesamtdeutsche Regierung zu amtieren. Die vier Militärgouverneure exekutierten danach in ihren Zonen die vagen Direktiven des Potsdamer Protokolls zwangsläufig selbstherrlich, folgten dabei den ihnen vertrauten Interessen und Prinzipien des eigenen Landes und leiteten damit eine Sonderentwicklung der Regionen ein, die bereits im Laufe eines halben Jahres namentlich zwischen der sowjetischen Zone und dem westlichen Besatzungsgebiet einen tiefen Graben zog. Als sich der Konflikt zwischen Moskau und den Westmächten zum Kalten Krieg verschärfte, schwanden jedoch alle Chancen, den schon weit fortgeschrittenen Spaltungsprozeß anzuhalten oder gar rückgängig zu machen.

Es war nicht ohne Ironie, daß die eher hilflose Hinnahme einer an sich unwillkommenen Entwicklung, die sowohl in Moskau wie in Washington und London die Reaktion auf den deutschen Spaltungsprozeß zunächst gekennzeichnet hatte, just in dem Augenblick von bewußter Bejahung des Standes der Dinge und von einer dementsprechenden Politik abgelöst wurde – das heißt im Laufe des Jahres 1946 –, da beide Lager von weiteren ernsthaften Versuchen zur Ausdehnung der eigenen und zur Zurückdrängung der gegnerischen Machtsphäre Abstand zu nehmen und der Verteidigung des erworbenen Besitzstands Priorität einzuräumen begannen, da also an die Stelle von „Roll on“ und „Roll back“ „Containment“ trat.

Gerade in einem Konflikt, in dem beide Kontrahenten zwar mit aggressiver Gestik arbeiteten, weil sie nach wie vor von Angst und Mißtrauen beherrscht waren, in dem aber auf jeder Seite der durch Europa und Deutschland gezogenen Demarkationslinie eine zunehmend eindeutiger defensive Strategie die praktische Politik bestimmte, festigten Westmächte wie Sowjetunion ihre Entschlossenheit, den jeweiligen deutschen Besatzungsraum in der eigenen Gruppierung festzuhalten und zu deren Stärkung dort zu integrieren. Völlig undenkbar wurde es, den eigenen Besatzungsraum womöglich dem Gegner zu überlassen, die Front der Freunde zu schwächen und die Front des Feindes zu kräftigen. Damit schied auch eine Zusammenführung der getrennten deutschen Territorien bei vereinbarter Neutralisierung Gesamtdeutschlands als reale politische Möglichkeit aus. Ein Staat wie Deutschland hätte nicht lange in aufgezwungener Isolierung und Bewegungslosigkeit gehalten werden können. Alle handelnden Politiker wußten das und litten daher unter der Vorstellung, daß sich ein wiedervereinigtes Deutschland, nachdem es seine Fesseln abgestreift hatte, nicht dem eigenen, sondern dem feindlichen Lager anschloß und damit eine nicht hinnehmbare Machtverschiebung bewirkte. Als Bruno Kreisky während der Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag Molotow einmal fragte, ob nicht auch für Deutschland eine österreichische Losung zu finden sei, antwortete der sowjetische Außenminister:

„Die Deutschen waren zweimal mit Waffengewalt in unserem Lande. Die Neutralität Österreichs läßt sich mit einem Papier sichern, die Neutralität Deutschlands nicht.“

Die Konferenzen, auf denen sich die Außenminister der vier Besatzungsmächte im Jahre 1947 mit Deutschland beschäftigten, haben die 1946 von allen getroffene Entscheidung, unter den gegebenen Umständen wenigstens den Status quo zu behaupten, nur bestätigt. Bei ihnen handelte es sich mehr um Schaukämpfe, die den östlichen wie den westlichen Akteuren vornehmlich dazu dienten, die jeweils eigenen Deutschen zur Erleichterung ihrer Integrierung davon zu überzeugen, daß für die Fortdauer und ständige Verfestigung der Teilung Deutschlands die Gegenseite verantwortlich sei.

George Kennan, damals Leiter der Planungsteilung im State Department, hat im August 1948 eine „Program A“ genannte Anleitung für deutschlandpolitische Verhandlungen mit der Sowjetunion ausgearbeitet, die für Moskau unannehmbare Vorschläge enthielt, jedoch so abgefaßt war, daß die erwartete Ablehnung, wie Kennan in seinen Memoiren schrieb, „die Russen mit der Verantwortung für die endgültige Spaltung Deutschlands belasten“ mußte. Auf der anderen Seite hat sich zur gleichen Zeit Stalin nicht geniert, selber die Kampagne als unernst zu entlarven, die der gesamte östliche Propagandaapparat gerade gegen die westlichen „Spalter“ Deutschlands eröffnet hatte. In einer Unterhaltung mit den Botschaftern der drei Westmächte, die am 3. August 1948 im Kreml stattfand, ließ Stalin, der am 24. Juni eine Blockade über West-Berlin verhängt hatte, keinen Zweifel daran, daß die Berliner Blockade nicht etwa dem Zweck diene, die Westmächte zur Aufnahme von Verhandlungen über Deutschland zu nötigen, sondern dem Ziel, die Westmächte aus Berlin herauszudrücken und Berlin selbst als Hauptstadt eines künftigen ostdeutschen Staatswesens verfügbar zu machen, mithin lediglich der Arrondierung dieses Staatswesens. So war die Berliner Blockade, ungeachtet der begleitenden und für deutsche Empfänger komponierten Einheitspropaganda, nach Stalins Kalkül ein taktisches Offensivunternehmen im Rahmen strategischer Statusquo-Politik.

Daß nun also Ostdeutschland wie Westdeutschland in größeren internationalen Systemen Aufgaben zugewiesen erhielten und übernahmen, die zur Eindämmung des jeweils gegnerischen Lagers beitragen sollten, hat allerdings das erste und anfänglich einzige Motiv der Deutschlandpolitik aller europäischen und aller an Europa interessierten Staaten, nämlich die Eindämmung der deutschen Aggressivität, keineswegs außer Kraft gesetzt. Niemand auf westlicher Seite bestritt, daß die westlichen Allianzen auch Westdeutschland Sicherheit zu bieten hatten, doch ging es stets ebenso, wie Hermann-Josef Rupieper gezeigt hat, um „Sicherheit vor Deutschland“. Präsident Eisenhower hat die EVG stets als ein Mittel sowohl gegen sowjetischen Expansionismus wie gegen deutschen Nationalismus betrachtet, und als Deutschland nach dem

Scheitern des EVG-Projekts über die Mitgliedschaft in der Westeuropäischen Union in die NATO gesteuert wurde, da hat General Gruenther, der amerikanische Oberbefehlshaber der NATO in Europa, diese Entwicklung ausdrücklich deshalb begrüßt, weil nun ausgeschlossen sei, daß die Streitkräfte einzelner Mitgliedstaaten zu nationalistischen Abenteuern aufbrächen, d. h. – wie er sagte –, daß „ein wiedererstarkter deutscher Generalstab alleine losmarschiert“. Die französischen Politiker waren sogar der Meinung, daß die potentielle deutsche Bedrohung im Grunde mehr zu fürchten sei als die akute sowjetische Bedrohung.

Daß die doppelte Eindämmung das Koordinatensystem lieferte, in dem allein sich damals die Deutschlandpolitik der Mächte bewegen konnte, ist nicht zuletzt an dem diplomatischen Austausch abzulesen, den Stalin am 10. März 1952 mit einer Note an die drei anderen Besatzungsmächte eröffnete, in der er eine Vier-Mächte-Konferenz zur Ausarbeitung eines Friedensvertrags mit Deutschland vorzuschlagen schien, mit einem einerseits wiedervereinigten und sogar wiederbewaffneten, andererseits jedoch neutralisierten Deutschland. Die Haltung der Westmächte in dem Gefecht gab nie irgendwelche Rätsel auf. In Westeuropa dominierte härteste Opposition gegen eine Offerte, deren Annahme dem entstehenden westlichen Verbund den militärischen, vermutlich aber selbst den wirtschaftlichen Beitrag Westdeutschlands genommen hätte, und bare sieben Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht des Großdeutschen Reiches weckte schon die bloße Aussicht auf die Wiederkehr eines nirgends integrierten deutschen Nationalstaats blankes Entsetzen und unüberwindlichen Widerstand. In Washington, wo man selbstverständlich auch auf die Deutschlandfurcht der europäischen Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen hatte, dachte ebenfalls niemand daran, aus der allmählich zusammenwachsenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abwehrfront gegen das sowjetische Lager ausgerechnet das Kernstück herausbrechen zu lassen.

So haben die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs eine Neutralisierung Deutschlands rundweg abgelehnt. Sie brauchten dazu aber weder den Rat noch die Genehmigung Konrad Adenauers; schon gar nicht nahmen sie aus Bonn Weisungen entgegen. Der Einfluß des Bundeskanzlers auf die beiden ersten westlichen Noten war gleich null, der Einfluß auf die dritte und vierte westliche Note nicht viel größer. Ein gegen die Politik der Westmächte opponierender Bundeskanzler wäre naturgemäß sehr störend gewesen, und eine machtvolle westdeutsche Volksbewegung für die sowjetischen Vorschläge hätte die westlichen Kabinette vor ernste Schwierigkeiten gestellt. Daß Adenauer mit dem Kurs der Westmächte übereinstimmte, daß ferner auch die westdeutsche Volksbewegung ausgeblieben ist, hat die westliche Notenpolitik fraglos erleichtert, aber mitnichten verursacht und bestimmt.

Die Annahme wiederum, Moskau habe damals tatsächlich die Wiedervereinigung zu akzeptablen Bedingungen angeboten, beruht nach meiner Meinung



auf einer Verkenntung der sowjetischen Deutschlandpolitik jener Jahre. Im Grunde hat auch die sowjetische Haltung im Notengefecht von 1952 nie schwierigere Rätsel aufgegeben. Entgegen einer oft zu hörenden Ansicht sind ja die sowjetischen Absichten durch die westliche Notenpolitik durchaus ausgelotet und ermittelt worden. In den drei entscheidenden Punkten konnte sehr wohl Klarheit geschaffen werden.

Erstens ist die Sowjetunion dem westlichen Insistieren auf freien Wahlen in ganz Deutschland beharrlich ausgewichen, obwohl die Westmächte die Moskauer Forderungen in der Frage der Kontrolle solcher Wahlen praktisch sämtlich akzeptierten. Schon damit bewies Stalin, daß er freie gesamtdeutsche Wahlen nicht haben wollte und daß er gar nicht daran dachte, die SED-Herrschaft in der DDR preiszugeben und die Partei in einem wiedervereinigten Deutschland dem freien Spiel der politischen Kräfte zu überantworten. Noch deutlicher machten das im übrigen seine Nachfolger ein Jahr später, am 17. Juni 1953.

Zweitens ist, wenn man das Notengefecht als Ganzes studiert, gar nicht zu übersehen, daß die sowjetische Seite sorgfältig darauf achtete, den Notenwechsel so zu halten, daß er genau das blieb, was er war, nämlich ein Wechsel von Noten. Das heißt aber, daß sich die Sowjetunion alle Mühe gab, zur Verhinderung der Realisierung ihres Konferenzvorschlags selber einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

Wenn jedoch Stalin gar keine Vier-Mächte-Konferenz haben wollte, so bestätigt das die erste Konklusion und führt unweigerlich und endgültig zu der Schlußfolgerung, daß es ihm drittens auch mit der Neutralisierung Deutschlands nicht ernst war. Das paßt zur Einschätzung der Neutralisierung, die man aus sowjetischen Äußerungen vor und nach 1952 kennt. Offensichtlich ist die Vorstellung falsch, Stalin habe auf die Entstehung der westlichen Allianzen, sofern Westdeutschland darin Mitglied würde, mit Furcht reagiert. Tatsächlich war nie recht einleuchtend, warum man in Moskau die weit gefährlichere Lösung der deutschen Frage, nämlich die Wiederkehr eines unberechenbaren und im Hinblick auf die in Potsdam festgelegten deutschen Ostgrenzen höchstwahrscheinlich revisionistischen deutschen Nationalstaats, der Integration Westdeutschlands in den Westen und der Integration Ostdeutschlands in den Osten vorgezogen haben soll. Als sich der sowjetische Diktator im Juli 1952 mit dem italienischen Sozialisten Pietro Nenni unterhielt, saß da, wie wir aus einer Tagebuchaufzeichnung Nennis wissen, ein Stalin, der die Vorgänge im Westen mit großem Gleichmut kommentierte und sein Sicherheitsbedürfnis von dem entstehenden Gleichgewicht der Kräfte optimal befriedigt fand.

In Wirklichkeit handelte es sich bei den sowjetischen Noten um nichts anderes als um ein Propagandamanöver. Gerhard Wettig hat kürzlich eine sehr verdienstvoll aus den Akten des Moskauer Außenministeriums erarbeitete Studie vorgelegt, in der er die Entstehungsgeschichte der sowjetischen No-

tenkampagne schildert und analysiert. Er kann zeigen, wie zwischen Anfang 1951 und Anfang 1952 SED-Führung und Moskauer Außenministerium an Versionen eines Dokuments herumfeilten, das allein für propagandistische Absichten gedacht war, wobei aus anfänglichen Entwürfen, die einer an die DDR anzuschließenden Bundesrepublik östliche Integration und Sowjetisierung verhießen, allmählich die Fassung vom März 1952 wurde, die unter propagandistischen Gesichtspunkten nicht mehr als völlig absurd erschien. Gerhard Wettig zieht daraus den Schluß, daß die Bevölkerung Westdeutschlands angesprochen und jedenfalls gegen die Westintegration aufgestachelt werden sollte.

Doch gibt es noch eine andere Möglichkeit. Man kann die Notenkampagne als Versuch verstehen, die Schuld an der Verfestigung der deutschen Teilung dem Westen anzulasten und damit die Ostintegration der DDR zu erleichtern. Das würde vielleicht besser mit der von Stalin damals verfolgten Generallinie seiner Blockpolitik übereinstimmen, die darauf hinauslief, in allen Ländern des sowjetischen Imperiums nationale Eigenständigkeit mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Im Hinblick auf die DDR gab es noch ein Sonderproblem. Schon 1977 ist gesagt worden:

„Die DDR hatte bis zum Frühjahr 1952 den militärischen Zweig der Volkspolizei als Kaderarmee nach dem Muster der alten Reichswehr organisiert. Den vorgesehenen Ausbau auf der Basis der Freiwilligkeit fortzusetzen hatte sich schon 1951 als überaus schwierig erwiesen. Von der allgemeinen Unlust der Bevölkerung abgesehen, wirkte nicht zuletzt gerade die antimilitaristische Propaganda der SED hemmend. Zur Stabilisierung des Staates wie zur Erfüllung seiner künftigen Bündnispflichten war eine Änderung des militärischen Rekrutierungsmechanismus und eine Änderung der generellen Linie in militärischen Fragen unumgänglich geworden. Der Vorschlag, eine deutsche Nationalarmee aufzustellen, hat diese Änderung eingeleitet.“

1991 hat Wilfriede Otto inzwischen zugänglich gewordene Tagebuchnotizen Wilhelm Piecks veröffentlicht, die jene Vermutung aus dem Jahre 1977 bestätigen. Pieck hielt sich, zusammen mit Grotewohl und Ulbricht, vom 31. März bis zum 10. April 1952 in Moskau auf, um mit sowjetischen Gesprächspartnern, darunter auch Stalin, die künftige Politik in der DDR zu erörtern. Zunächst ist festzustellen, daß Piecks Notizen einen Mann und eine Delegation zeigen, die ohne jede Sorge um den Bestand der DDR und der SED-Herrschaft sind. Es geht bei den Besprechungen um den weiteren Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland, und ein zentraler Punkt dabei ist die Notwendigkeit, die Abkehr vom bisher verfochtenen Pazifismus zu bewerkstelligen. „Die pazifistische Periode ist vorbei“, notiert Pieck und hält fest, daß es nun darum gehe, die „Volksarmee [zu] schaffen“, und zwar „ohne Geschrei“. Acht Wehrkreise sollen entstehen, neun oder zehn Armeekorps,

30 Divisionen. Die sowjetischen Gastgeber sagen den Deutschen: „Erfüllt euch mit Kampfgeist, wir werden euch helfen.“ Am 9. April 1952 erhalten die Moskauer Botschafter der drei Westmächte die zweite sowjetische Note. Acht Tage zuvor hält Pieck als eine Konsequenz der deutschsowjetischen Konferenzen fest: „FDJ muß schießen lernen.“

Man wird konstatieren dürfen, daß im ersten Nachkriegsjahrzehnt, spätestens seit Mitte 1946, die Fronten in der Deutschlandpolitik der vier Besatzungsmächte starr waren. Die erfolglose Deutschland-Konferenz der vier Außenminister, die im Januar und Februar 1954 in Berlin stattfand, hat das ebenso gezeigt wie das Treffen, das die vier Regierungschefs vom 18. bis zum 23. Juli 1955 in Genf zusammenführte.

Daß die Deutschen diese Starrheit und den von ihr verursachten Teilungsprozeß hinnahmen, ist allerdings nicht allein mit der vom Dritten Reich und seinem Krieg hinterlassenen Erschöpfung zu erklären. Das Bedürfnis nach Sicherheit ist eine der stärksten Triebfedern politischen Handelns. Tatsächlich haben wir es neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland, das eine Folge des Zweiten Weltkriegs war, und neben dem Bedürfnis nach Sicherheit vor dem jeweils feindlichen Lager, das zum Kalten Krieg gehörte, mit einem dritten Sicherheitsbedürfnis zu tun, mit dem sogar extrem ausgeprägten Sicherheitsbedürfnis der Deutschen, das als politischer Faktor aufgrund der Umstände freilich auf Westdeutschland beschränkt war.

Die Westdeutschen und dann die Bundesrepublik grenzten unmittelbar an das entstehende und dann entstandene sowjetische Imperium. Man kann das Vorspiel der von Hitler freigesetzten sowjetischen Dynamik ausklammern, etwa den am 30. November 1939 unternommenen Angriff auf Finnland oder die 1940 von Rumänien ultimativ erpreßte Abtretung Bessarabiens. Aber die Bewohner Westdeutschlands hatten zwischen 1944 und 1949 die Entstehung des sowjetischen Imperiums als prägende Erfahrung erlebt. Mit einer Faszination, die zu tiefstzender Furcht führte, war registriert worden, wie dem Zusammenspiel zwischen militärischer sowjetischer Macht – anwesend oder drohend – und einheimischen kommunistischen Parteien erst Polen und zum zweiten Mal, wie schon im Juni 1940, die baltischen Staaten, dann Bulgarien und Rumänien, schließlich Ungarn und die Tschechoslowakei zum Opfer fielen. Daß die Sowjetunion zugleich in jenem Teil Deutschlands, in dem sie militärisch präsent war, ihre wirtschaftliche, politische und ideologische Herrschaft laufend ausbaute und ihre Besatzungszone allmählich praktisch in einen Teil ihres Imperiums verwandelte, gab der Furcht naturgemäß eine besondere Dimension; schien doch aus dem Vorgang hervorzugehen, daß der sowjetische Imperialismus als ein grundsätzlich nicht zu saturierender Expansionismus verstanden werden müsse. Wahrscheinlich hat dieser Schluß die stalinistische Sowjetunion falsch eingeschätzt. Doch war dieser Schluß angesichts des sowjetischen Vorgehens zwangsläufig.

Die erste Bundesregierung unterwarf ihr internationales Handeln, und zwar mit Zustimmung einer eindeutigen Majorität der Bevölkerung, bewußt den vom Sicherheitsbedürfnis gesetzten Orientierungspunkten, d. h. sie suchte bewußt und konsequent die Anlehnung an die Westmächte, die allein in der Lage waren, das Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen. Diese Politik hat ohne Frage jene Politik begünstigt, mit der die vier Besatzungsmächte ihr Bedürfnis nach Sicherheit vor Deutschland befriedigten. Zugleich entsprach die westdeutsche Politik jener Jahre aber den damaligen politischen Möglichkeiten und ebenso den politischen Interessen der Westdeutschen; sie war mithin, historisch gesehen, ebenso unvermeidlich wie jedenfalls moralisch unanfechtbar. Danke. (Beifall – Manuskriptfassung Seite 1381 ff.)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Graml.

Der Kalte Krieg in Europa hat nach zehn Jahren aus ehemaligen Verbündeten und Alliierten Feinde gemacht und zur Teilung der Welt geführt, wie Sie, Herr Professor Dr. Loth, ausführen werden. Ich bitte Sie herzlich darum, uns davon zu berichten, wie es weitergegangen ist.

**Prof. Dr. Wilfried Loth:** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 30 Minuten für die Darstellung eines Zeitraums von knapp 30 Jahren sind natürlich nicht viel Zeit. Ich erspare mir deshalb, zu wiederholen, was ich in meinem Papier über die allgemeine Struktur des Ost-West-Konflikts geschrieben habe (Manuskriptfassung Seite 1744 ff.). Ich gehe auch nicht auf die Berlin-Krise ein, die am Anfang meines Berichtszeitraums steht.

Festzuhalten ist in unserem Zusammenhang nur – das ist gleichzeitig eine Antwort auf eine der Fragen von Herrn Jacobsen von heute vormittag –, daß die Berlin-Krise das definitive Ende jeder operativen Wiedervereinigungspolitik der Westmächte brachte. Dieses Ende wird nicht vom August 1961, sondern von der Genfer Außenministerratstagung vom Frühjahr und Sommer 1959 markiert. Auf dem Rückflug von den Beerdigungsfeierlichkeiten für John Foster Dulles vereinbarten die drei westlichen Außenminister, im weiteren Verlauf der Konferenz nur noch über Berlin zu sprechen, d. h. nicht mehr über Vorstellungen – auch westliche – zur Wiedervereinigung. Seitdem konzentrieren sich die Westmächte auf die Behauptung des Status quo auch in der deutschen Frage.

Der Ausgang der Kuba-Krise 1962, die ich jetzt auch nicht mehr im Detail behandeln will – sie können das in meinem Papier nachlesen –, hatte für die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses zwei höchst bedeutsame Konsequenzen. Zum einen sah Chruschtschow ein, daß er sich angesichts der realen Machtverhältnisse vorerst mit der De-facto-Respektierung des Status quo begnügen mußte. Er verstand auch, daß die amerikanische Haltung tatsächlich defensiv war, so daß er das tun konnte. Damit hörte der Druck auf Berlin auf. Zum anderen stellte Chruschtschow alle Weichen für den Ausbau der Sowjetunion zu einer militärischen Supermacht, die den USA ebenbürtig

sein würde, so daß sie bei einer künftigen Auseinandersetzung wie der um die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba nicht noch einmal würde einlenken müssen. Damit war entschieden, daß die Bemühungen um eine Einhegung des Ost-West-Konfliktes, die nach dem Erleben der Kriegsgefahr auf beiden Seiten jetzt neuen Auftrieb erhielten, nicht zu einer Abrüstung führen würden, sondern bestenfalls zu einer Rüstungskontrolle, zu einem Management des Ost-West-Verhältnisses bei fortdauerndem Wettrüsten.

Beim Ringen um die Ausgestaltung des Modus vivendi, der sich damit abzeichnete, standen mehrere Modelle zur Debatte, um die gerungen wurde und zwischen denen in den kommenden Jahren ein Ausgleich gefunden werden mußte. Zum einen stand die Idee des Kondominiums der Supermächte gegen die der Emanzipation der europäischen Staaten von ihren Hegemonialmächten, zweitens die Idee der Stabilisierung des Status quo in allen seinen Elementen gegen die Idee des Wandels durch Annäherung und drittens die Vorstellung der Befestigung der deutschen Zweistaatlichkeit gegen die der Reaktivierung der deutschen Frage.

Die Auseinandersetzungen um diese idealtypischen Modelle, zwischen denen wiederum sehr unterschiedliche Abstufungen und Kombinationen möglich waren, standen im Jahrzehnt nach der Kuba-Krise im Vordergrund der internationalen Politik. Der Entspannungsprozeß selbst kam über diese Auseinandersetzungen über die unterschiedlichen Formen und Arten der Entspannung nur mühsam voran.

Fortschritte erzielte der Entspannungsdialog im weiteren Verlauf der 60er Jahre vor allem auf einem Gebiet, das geeignet war, die Stellung der beiden Blockführungsmächte in ihren Lagern wieder zu bekräftigen. Nachdem noch unter Kennedy eine direkte Fernschreibverbindung zwischen den Entscheidungszentren in Moskau und Washington errichtet und ein Atomteststoppabkommen unterzeichnet worden war, zeigte sich die sowjetische Führung 1964 bereit, den amerikanischen Vorschlag eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen aufzugreifen, ein Vorschlag, der die Vormachtstellung der nuklearen Supermächte bekräftigen und gleichzeitig Abrüstungsverhandlungen durch die Beschränkung des Teilnehmerkreises erleichtern sollte. Am 1. Juli 1968 wurde der Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Gleichzeitig kündigten die amerikanische und die sowjetische Regierung die Vorbereitung von bilateralen Gesprächen über die Begrenzung der strategischen Rüstung an.

Unterdessen hatte die Sowjetunion durch den Ausbau ihres Interkontinentalraketenarsenals allmählich eine Zweitschlagkapazität erworben; in Washington rang man sich ebenso allmählich zu der Anerkennung des Prinzips der atomaren Parität durch. Damit zeichnete sich Ende der 60er Jahre das bipolare Abschreckungssystem ab, und die Bundesrepublik Deutschland geriet in den Windschatten amerikanisch-sowjetischer Verständigung.

Daß sich die Entspannungspolitik dennoch nicht in der Fixierung des Status

quo erschöpfte, war in erster Linie dem Umstand zu verdanken, daß sich die Bundesrepublik Deutschland – hier komme ich auf die entscheidende strategische Rolle von älterer und neuerer Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland zu sprechen – nach der Blockierung der Osteuropakontakte der Ära Schröder durch Moskau dazu durchrang, auch die DDR in die Politik des Wandels durch Annäherung einzubeziehen. In einer ersten Phase zur Zeit der Großen Koalition vermied sie es dabei noch, sich verbindlich über den Status der Oder-Neiße-Grenze oder der DDR zu äußern, und stieß darum nach einem spektakulären Anfangserfolg, der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien im Januar 1967, erneut auf ein sowjetisches Veto. In einer zweiten Phase, die nicht erst mit der sozialliberalen Koalition begann, sondern mit dem Signal der Budapester Tagung des Warschauer Paktes im März 1969, und die bis zum Abschluß der Ostverträge dauerte, gelang dann aber ein Kompromiß zwischen sowjetischem Stabilisierungs- und westdeutschem Wandlungsinteresse, ein Kompromiß, der zwar prekär blieb, sich aber gleichwohl als praktikabel erwies.

Mit den Formeln der völkerrechtlichen Verbindlichkeit eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie von der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen – so die Formulierungen im Moskauer Vertrag – akzeptierte die Bundesrepublik Deutschland de facto die bestehende staatliche Ordnung in Europa, behielt sich aber die Möglichkeit ihrer Veränderung auf konsensuellem Wege vor. Umgekehrt nahm die sowjetische Führung hin, daß mit den Ostverträgen die Grundlage für die Entwicklung eines Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West und insbesondere zwischen den Bevölkerungen beider deutschen Staaten geschaffen wurde. Sie sicherte sich aber die Möglichkeit, diese Entwicklung zu kontrollieren.

Dieser deutsch-sowjetische Kompromiß – denn das war es im Kern – stärkte die Position der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis und barg zugleich die Möglichkeit zu einem deutschsowjetischen Alleingang. Grund genug für höchst alarmierte Reaktionen etwa Kissingers oder Pompidous. Willy Brandt blieb freilich allein schon wegen der anders nicht zu sichernden Lebensfähigkeit West-Berlins um ein Höchstmaß an Einbindung der neuen Ostpolitik in die Entspannungspolitik des westlichen Bündnisses bemüht, wie sie im Harmel-Bericht von Ende 1967 als neuer Bestandteil des Grundkonsenses der NATO formuliert worden war. So konnte der deutschsowjetische Kompromiß multilateralisiert werden, und zwar über die KSZE. Als im Juni 1973 die detaillierte Tagesordnung für diese Konferenz bekanntgegeben wurde, war entschieden, daß dort nicht nur, wie von der sowjetischen Seite gewünscht, über eine Absicherung des Status quo und den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West verhandelt wurde, sondern auch – worauf insbesondere die Westeuropäer gedrängt hatten – über einen vermehrten Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen.

Die weiteren Fortschritte im amerikanisch-sowjetischen Dialog – die Stichworte sind: Unterzeichnung des SALT-I-Abkommens im Mai 1972 und des Konsultationsabkommens zur Verhinderung von Atomkriegen im Juli 1973 – wurden damit von einem allgemeinen Ausbau des Beziehungsgeflechtes zwischen Ost und West begleitet. Zu dem Kompromiß zwischen Stabilisierung und Wandel trat ein ebenso spannungsreicher wie – finde ich – tragfähiger Ausgleich zwischen der Bekräftigung der Blockführungspositionen und der Emanzipation der Blockmitglieder.

In der deutschen Frage hingegen senkte sich die Waage deutlich zugunsten der Bekräftigung der Zweistaatlichkeit. Zu groß war das sowjetische Interesse an der Behauptung der DDR, zu deutlich auch das Einverständnis der westeuropäischen Verbündeten mit einer Regelung, die ihnen auf absehbare Zeit Sicherheit vor Deutschland bot, als daß mehr zu erreichen gewesen wäre als die vage Aussicht auf eine Überwindung der Spaltung im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Gleichzeitig nahm aber die Aussicht auf eine Wiedervereinigung Europas – so weit entfernt sie sein mochte – der Wiedervereinigung Deutschlands viel von ihrer Dringlichkeit.

Überzogene Erwartungen hinsichtlich des Tempos und des Ausmaßes des Wandels im sowjetischen Machtbereich, die vor allem im amerikanischen Publikum an die deutlichen Fortschritte der Entspannungspolitik zu Beginn der 70er Jahre geknüpft wurden, führten schon bald nach der Fixierung dieser Kompromisse zu ersten Blockaden des Entspannungsdialogs, die die Bemühungen um eine Eindämmung des Ost-West-Konflikts wieder sehr erschwerten. Ich nenne als Stichworte nur die Blockierung der Rüstungsvereinbarungen von Wladiwostok vom November 1974 und das Jackson-Vanik-Amendment vom Dezember 1974, das der Sowjetunion die Perspektiven auf die Entwicklung weitreichender Wirtschaftsbeziehungen mit den USA wieder nahm.

Nachdem auf diese Weise erst einmal ein wesentliches Ziel der sowjetischen Entspannungspolitik in unerreichbare Ferne gerückt war, legte man sich in Moskau weniger Zurückhaltung bei der Ausnutzung westlicher Schwächen als in den Jahren zuvor auf. Auch hier nur einige Stichworte: Unterstützung der portugiesischen Kommunisten und der marxistischen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, „Modernisierung“ der auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen, die einer Verstärkung der westeuropäischen Geiselrolle gleichkam, schließlich Ende 1979 die Intervention zugunsten der in Afghanistan bislang regierenden Kommunisten.

Daß darüber der amerikanische Entspannungswille zu Beginn der 80er Jahre ganz zum Erliegen kam, ist bekannt, ebenso, daß der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit des Abschreckungssystems auslöste und infolge der Protestbewegung, die sich gegen ihn entwickelte, die Sowjetführung geradezu dazu einlud, eine

Durchsetzung ihres Mittelstreckenprogramms zum Nulltarif zu versuchen, was sie dann zu Beginn der 80er Jahre auch tat.

Als „zweiten Kalten Krieg“ sollte man die ersten Jahre der Reagan-Ära dennoch nicht bezeichnen. Zwar verhalf Ronald Reagan konservativen Carter-Kritikern zu Einfluß, die bei unterschiedlichen Konzepten im einzelnen weitere Rüstungskontrollanstrengungen vom vorherigen Wohlverhalten der Sowjetunion abhängig machten – das ist das berühmte „Linkage“-Konzept –, die bewußt oder auch nur unbewußt die Wiederherstellung einer strategischen Hegemonie der USA anstrebten und die die westlichen Europäer im allgemeinen als schwächliche Pazifisten verachteten. Die Modernisierung des atomaren wie des konventionellen Arsenal der USA wurde von diesen expliziten Entspannungsgegnern nach Kräften vorangetrieben. Bis 1984 stieg das Militärbudget der USA Jahr für Jahr um real 9 %. Schrille Reden über die Führbarkeit von Atomkriegen und das „Reich des Bösen“, die diesen Drang zu neuer Aufrüstung begleiteten, riefen in Moskau, wie wir unterdessen wissen, große Besorgnis hervor.

Aber Reagans Politik war nicht so militant wie seine Rhetorik. Besonnene Kräfte in der Administration, vor allem die Spitzen des State Department, vermochten die „Falken“ von den ärgsten Dummheiten abzuhalten, der Kongreß bremste, und häufig blockierten sich die verschiedenen Fraktionen der Reagan-Equipe wechselseitig. Der Präsident selbst war, ohne die Mechanismen des Abschreckungssystems je verstanden zu haben, ernsthaft an einer Beseitigung der atomaren Bedrohung interessiert, d. h. an einer Abschaffung aller Atomwaffen.

Nachdem einerseits die Friedensbewegung und andererseits eine gewisse Genugtuung über das neue Aufrüstungsprogramm für einen Stimmungsumschwung in der amerikanischen öffentlichen Meinung gesorgt hatten, strebte Reagan eine dauerhafte Kooperation mit der Sowjetunion an. Seine Rede vom 16. Januar 1984, mit der er eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der Sowjetführung ankündigte, war ernst gemeint; allerdings bedeutete sie noch keine Wende in den Ost-West-Beziehungen. Die verschiedenen Zweige der Reagan-Administration beharrten auf ihren Positionen, und Reagan selbst unternahm keine Anstrengungen, um die Widerstände gegen ein Abkommen über die strategische Rüstung zu überwinden.

Die Ost-West-Beziehungen verharrten somit Mitte der 80er Jahre – das ist für die Deutschlandpolitik wichtig – in einem eigentümlichen Schwebezustand, in dem einerseits die Zuspitzung zu einem Kalten Krieg wie in den späten 40er Jahren vermieden wurde, andererseits aber auch die Eindämmung des Konflikts nicht vorankam. Stabilisiert wurde dieser Schwebezustand durch die Einflußnahmen sowohl der westeuropäischen Regierungen als auch der osteuropäischen Machthaber, die beide nachhaltig daran interessiert waren, den Entspannungsdialoگ fortzusetzen; beide aus Furcht vor einer Destabilisierung



der Sicherheitslage, die westeuropäischen Regierungen darüber hinaus im Interesse des Wandels im östlichen Europa, die osteuropäischen in der Hoffnung auf die dringend benötigten wirtschaftlichen Vorteile. Insofern bildeten beide nun sichtlich eine Interessengemeinschaft. Sie waren aber nicht stark genug, um ihre jeweilige Führungsmacht über ein gewisses Maß an Schadensbegrenzung hinaus zu beeinflussen.

Das große Ausmaß an Kontinuität der bundesdeutschen Ost- und Deutschlandpolitik im Übergang von Helmut Schmidt zu Helmut Kohl wird vor diesem Hintergrund ebenso verständlich wie ihre zunehmende Status-quo-Orientierung. Angesichts der Kooperationsverweigerung der Weltmächte war schon viel gewonnen, wenn das bestehende Beziehungsgeflecht zwischen Ost und West in Europa erhalten blieb; für seine Ausgestaltung fehlten die konkreten Perspektiven.

Eine Überwindung der Stagnation kam erst in Sicht, als sich Gorbatschow entschloß, sich in den Rüstungsverhandlungen auf, gemessen an den bisherigen Positionen, einseitige Vorleistungen einzulassen. Von der Notwendigkeit einer Drosselung des Rüstungswettlaufs zugunsten der zivilen Produktion noch stärker überzeugt als seine beiden unmittelbaren Vorgänger und für die Idee der Sicherheitspartnerschaft gewonnen, war er bei seiner ersten Begegnung mit Reagan im November 1985 zu der Überzeugung gelangt, mit diesem Präsidenten zu einer Übereinkunft kommen zu können, wenn es nur gelang, den Einfluß seiner militanten Berater zu neutralisieren. Folglich trat er im Januar 1986 mit einem spektakulären Abrüstungsvorschlag an die Öffentlichkeit: Abschaffung sämtlicher Atomwaffen bis zum Jahr 2000, 50%ige Reduktion der Langstreckensysteme in den nächsten fünf bis acht Jahren, Null-Lösung bei den Mittelstreckenraketen usw. Im April 1986 kündigte er zudem seine Bereitschaft an, die sowjetischen Truppen nicht nur in Osteuropa, sondern auch im europäischen Teil der Sowjetunion zu reduzieren.

Gorbatschows Vorschläge waren nicht absolut seriös, und in der Regel waren sie auch noch nicht operativ durchdacht. Da sie aber auf der Linie von Reagans Vorstellungen und – Stichwort Null-Lösung – auf der Linie der Propagandathesen seiner Berater lagen, zwangen sie den amerikanischen Präsidenten geradezu zu ernsthaftem Verhandeln. Bei seiner nächsten Begegnung mit Gorbatschow im Oktober 1986 in Reykjavik kamen sich die Unterhändler in vielen Bereichen nahe. Reagan stimmte in einem dramatischen Gespräch schließlich sogar Gorbatschows Vorschlag zu, innerhalb von zehn Jahren alle Atomwaffen abzuschaffen. Das Treffen scheiterte dann an der sowjetischen Forderung, SDI-Tests auf den Laborbereich zu beschränken, eine etwas unklare Minimalforderung, die Gorbatschow offenbar dem Politbüro hatte zusagen müssen. Das Treffen scheiterte sehr zur nachträglichen Erleichterung der

westeuropäischen Verbündeten, die von der Aussicht auf eine Abschaffung des Abschreckungssystems zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht erbaut waren.

Die vielen Vereinbarungen in Teilbereichen, die man zuvor in Reykjavik getroffen hatte, konnten danach nicht mehr zurückgenommen werden. Nachdem beide Führer der Supermächte der Ehrgeiz gepackt hatte, zu substantiellen Ergebnissen zu gelangen, konnten auch noch verbliebene Hindernisse leichter überwunden werden. Gorbatschow entschloß sich Ende Februar 1987, einen Vertrag über die Abschaffung der Mittelstreckenwaffen nicht länger von einer Vereinbarung über SDI abhängig zu machen. Es war ihm unterdessen klargeworden, daß dies doch ein recht utopisches Projekt war. Wenig später akzeptierte er auch die von den Unterhändlern keineswegs ernstgemeinte amerikanische Forderung nach Kontrolle der Abrüstungsvereinbarungen durch wechselseitige Inspektionen vor Ort. Danach fiel es Reagan nicht mehr schwer, die Bedenken der europäischen Verbündeten gegen die Schwächung der flexible response beiseite zu schieben, die mit dem Verzicht auf sämtliche Mittelstreckenwaffen verbunden war. Das Ergebnis war dann das INF-Abkommen zur Beseitigung aller Mittelstreckenraketen vom Dezember 1987.

Die Verhandlungen über die Reduzierung der strategischen Waffen kamen in der Ära Reagan allerdings nicht mehr zum Abschluß. Zu viele Einzelprobleme mußten bei der angestrebten Halbierung des strategischen Arsenal berücksichtigt werden, zu gering war die Handlungskapazität der Reagan-Administration für die daraus resultierende Umstrukturierung des Verteidigungssystems, zu wichtig den Sowjets die Einbeziehung der seegestützten cruise missiles, die die amerikanischen Experten gerne als Sicherheitsreservoir erhalten wissen wollten. Selbst die Ankündigung des vollständigen Rückzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Vorfeld des nächsten Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow im Mai 1988 in Moskau brachte keinen Verhandlungsdurchbruch. Sie manövrierte allerdings die Gegner einer weitreichenden Verständigung zwischen den Supermächten endgültig ins Abseits.

Schneller als die Reduzierung der strategischen Arsenale war die Herstellung von Parität auf niedrigerem Niveau im Bereich der konventionellen Rüstung zu erreichen. Der Vertrag zur drastischen Verminderung der konventionellen Rüstung konnte anläßlich des Pariser KSZE-Gipfels am 20. November 1990 unterzeichnet werden.

Unterdessen war der Ost-West-Konflikt freilich schon ganz zu Ende gegangen. Ich will zum Schluß einige Sätze dazu sagen, warum das so war und wie das Ergebnis zu bewerten ist. Warum? Der entscheidende Grund – es ist sicherlich eine Banalität – war, daß Gorbatschow und die sowjetische Reformelite, die er repräsentierte, darauf verzichtet hatten, Gewaltmittel zur Durchsetzung ihrer Ordnungsvorstellungen anzuwenden, daß sie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zum Gelingen der Reform des eigenen Systems für unabdingbar hielten und sich dabei auf universale Prinzipien beriefen. Diese Absage

an das revolutionäre Projekt der Oktoberrevolution hatte sich schrittweise ergeben, es war kein Programm von Anfang an, sondern das Resultat aus immer erschreckenderen Einsichten in den tatsächlichen Zustand der Sowjetgesellschaft, die Gorbatschow zu immer radikaleren Maßnahmen trieben, bis schließlich im Frühjahr 1989 die vollständige Übernahme der Grundsätze rechtsstaatlicher Demokratien und sozialstaatlicher Marktwirtschaften auf dem Programm stand.

Für das Ende des Ost-West-Konflikts wurde es entscheidend, daß Gorbatschow auch dann noch an diesem Programm festhielt und es gegen vielfache Widerstände zu behaupten wußte, als deutlich wurde, daß eben dieses Programm zu einer Auflösung des Sowjetimperiums führte. Diese Auflösung war keineswegs in seinem Sinne. Aber nachdem jeder Einsatz militärischer Gewalt gegen Unabhängigkeitsbewegungen jedweder Art die Perestroika zum Scheitern zu bringen drohte, waren ihm die Hände gebunden. Er konnte wohl noch taktieren, aber letztlich nicht mehr verhindern, daß sich die Nationalitäten gegen die Moskauer Zentrale auflehnten und die Länder des Warschauer Pakts von der Einparteienherrschaft befreiten, die Stalin ihnen aufgezwungen hatte. Der Fall der Berliner Mauer markiert darum sehr präzise das Ende des Konflikts: Nachdem sich die Sowjetführung den Rückgriff auf die Repression auch dort versagte, wo sie formal als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs präsent war, war definitiv klar, daß es keinen Ostblock mehr gab. So überdeckte und transzendierte der Ausfall der einen Konfliktseite die noch laufenden Bemühungen um eine Eindämmung des Konflikts.

Es verdient abschließend festgehalten zu werden, daß es die führenden Repräsentanten des Sowjetsystems selbst waren, die diese Entscheidungen getroffen haben. Sie agierten nicht etwa aus einer Frustration ihrer Revolutionshoffnungen; diese hatten sich im mühevollen Kampf ums Überleben in Wahrheit schon längst verflüchtigt. Vielmehr wurden sie durch die Zwänge der industriellen Entwicklung ihres Imperiums getrieben und orientierten sich an der Erfahrung mit westlichen Kooperationspartnern, die die Doktrin vom Klassenfeind Lügen strafen.

Insofern – jetzt bin ich beim Kommentar – dürfen sich diejenigen, die beharrlich auf Wandel durch Annäherung gesetzt hatten, einen gewissen Anteil an der Überwindung des Sowjetsystems zugute halten, nicht aber die Verfechter eines einseitig militanten Auftretens, die die Einkreisungsängste auf der sowjetischen Seite im Gegenteil immer wieder bestärkt hatten. Die Rede vom Sieg des Westens im Kalten Krieg ist darum in der Hauptsache irreführend. Zu registrieren ist hier weder ein militärischer Sieg noch ein politischer Durchbruch der Westmächte im Osten. Vielmehr haben sich die Prinzipien der westlichen Zivilisation auch im bisherigen Machtbereich der Sowjetunion als Programm durchgesetzt. Das ist neben und vor dem Erfolg westlicher Entspannungspolitik vor allem ein Sieg der sowjetischen

Reformelite, die genügend Mut und Tatkraft besessen hat, ihr Land aus dem Gewebe von organisiertem Mißtrauen, verkrusteten Dogmen und lähmender Repression zu befreien, in dem es zu ersticken drohte. Es ist in gleichem Maße natürlich auch ein Sieg all der Reformer und Revolutionäre in den Ländern des Sowjetimperiums, die in unsicheren Zeiten viel riskiert haben, um diesen Prinzipien zum Durchbruch zu verhelfen.

Zwei Elemente eines Siegs des Westens sind in dem Geschehen allerdings doch auszumachen. Nach der Reagan-Administration ließ sich auch die Bush-Administration aus Vorsicht und Unkenntnis bemerkenswert viel Zeit, ehe sie den Reformprozeß in der Sowjetunion dann doch aktiv unterstützte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Hilfestellung blieb sie bis zum Schluß weit hinter dem Möglichen und Sinnvollen zurück. Dann nahmen weder Bush noch Kohl bei der Durchsetzung der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO auf Gorbatschows innenpolitische Stellung sonderliche Rücksicht. Wieweit beide Entscheidungen dazu beitrugen, einen geordneteren Übergang von der Sowjetunion zu den postkommunistischen Gesellschaften zu verhindern, als wir ihn gegenwärtig erleben, werden erst künftige Analysen der Moskauer Entscheidungsprozesse vor dem Putschversuch vom August 1991 zeigen. Aber daß beide Momente beim Scheitern Gorbatschows eine Rolle spielten, sollte bei aller Einsicht in die moralische und realpolitische Unabdingbarkeit des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik anerkannt werden. „Die Tatsache, daß Gorbatschow die NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands akzeptierte“, so erklärte sein kurzzeitiger Außenminister Bessmertnych 1991, „war eine der meist gehaßten Entwicklungen in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik, und sie wird es für die nächsten Jahrzehnte auch bleiben.“ Wie alle großen politischen Entscheidungen, so hatte auch diese – für die Deutschen und ihre Verbündeten relativ bequeme – Lösung der deutschen Frage ihren Preis. Ich sage das nicht notwendigerweise als Kritik, wohl aber als Hinweis auf das Erbe, mit dem wir nun umzugehen haben. Danke (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Ihnen beiden herzlichen Dank. Wir steigen jetzt in die Diskussion ein, und zwar in der Weise, wie ich es vorhin angedeutet habe. Wir beginnen mit einem kurzen Statement von Herrn Professor Jacobsen.

**Sv. Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Jeder Wissenschaftler, der vor der Frage steht, sich mit den internationalen Rahmenbedingungen der Deutschlandpolitik zu befassen, steht vor fast unüberwindlichen Hindernissen. Die Vielzahl der Bestimmungsfaktoren ist das eine, die Gewichtung das andere, die Interdependenz, die wechselseitigen Beziehungen der einzelnen Faktoren ist ein Drittes. Dies alles zusammengenommen führt uns zu großen Schwierigkeiten, ob wir überhaupt in der Lage sind, in der jeweiligen historischen Situation angemessen herauszuarbeiten, was was bestimmt hat und warum es so und nicht anders gelaufen ist.